

AfD- Ratsfraktion Dorsten

Rede zum Erlass der Haushaltssatzung 2023 am 14.12.2022 // H. Leineweber / 14.12.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren.

„Freiheit ist das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen“.
(George Orwell 1903-1950, London)

Zum Selbstverständnis der AfD gehört es, als konstruktive Opposition, die Arbeit der Verwaltung zu begleiten, für die Bürger den Nutzen zu mehren und Schaden abzuwenden.

In Dorsten hat die CDU eine solide Ratsmehrheit, unter die sich SPD, Grüne und das Einzelmitglied der FDP regelmäßig einordnen. Kritik an vergangenen Fehlentscheidungen schließt sich damit automatisch aus, denn die wurden regelmäßig, ohne die AfD, einstimmig beschlossen.

Somit bleibt die AfD das einzige kommunalpolitische Korrektiv.

Zur Arbeit der Stadtverwaltung und seiner politischen Führung.

Die vielen engagierten Mitarbeitern der Stadtverwaltung und der angeschlossenen Unternehmen haben zuverlässig und mit großem Einsatz Ihre Leistungen für die Bürger der Stadt Dorsten erbracht. Dafür danken wir ihnen gerne.

Bei der Führung des Bürgermeisters, können wir das nur eingeschränkt sagen.

Bezüglich der regelmäßigen Fristüberschreitungen für die Jahresabschlüsse, wurden sie auf Betreiben der AfD-Fraktion von der Kommunalaufsicht schriftlich gemahnt. Auch die Prüfer der GPA haben dieses reklamiert.

Von der GPA wurde der Stand der Digitalisierung der Stadtverwaltung gerügt. Hier liegt unseres Erachtens ein Organisationsversagen des Bürgermeisters vor.

Für die „ungeplanten“ Gewerbesteuererinnahmen von über 11 Mio € haben Sie teilweise kreative Verwendungszwecke gefunden. Z.B. einen Teilbetrag von 130.000 € für ein „geschenktes Dach“ des Amphitheaters, zzgl. weiterer 100.000 € öffentlicher Fördermittel und diverser Nebenarbeiten. Unseren Vorschlag die Kitagebühren nicht zu erhöhen, lehnte die Ratsmehrheit jedoch ab, da kein Geld dafür da sei.

Zum Haushaltsdefizit 2023 hat die AfD-Fraktion diverse Vorschläge unterbreitet.

AfD- Ratsfraktion Dorsten

Das sind im Wesentlichen.

- **Verzicht auf den Erweiterungsbau zum Rathaus**, womit Sie angeblich teure Mietzahlungen einsparen wollen. Bis heute haben Sie die Berechnungen zur geplanten Mieteinsparungen nicht aufgedeckt. Öffentliche Bauvorhaben sind , nicht nur in Dorsten, davon geprägt, dass die geplanten Kosten explosionsartig überschritten werden. Schnell ist der Punkt „of no return“ erreicht, ab dem jeder Betrag von Mehrkosten genehmigt werden muss, weil sonst bei Objektaufgabe, ein immenser Schaden entsteht.

- **Verzicht auf den Neubau eines Parkdecks.**
Warum wollen Sie hohe Kosten aufwenden, um die Stadt noch weiter zuzubetonieren. Das passt nicht zur ökologischen Wende, Umstieg aufs Fahrrad und in den ÖPNV .

- **Einsparungen bei den „freiwilligen Leistungen der Stadt.**
Bei einem geschätztem Volumen von über 8 Mio € / Jahr haben wir eine pauschale Kürzung für ein Einsparvolumen von ca. 500.000 € vorgeschlagen. Hierbei sollten die Förderungen für Schulen und Museen nicht angetastet werden.

- **Stopfen des Finanzloches Atlantis Bad, einem Fass ohne Boden.**
Hier ist es interessant, die Genese des Atlantis Bades zu betrachten. Ein Dokument der EU vom 12.01.2001 (Staatliche Beihilfe Nr. N 258/00) lässt tief blicken. Hier wird ersichtlich, dass der Publik Private Partnership Vertrag eine Verpflichtung der Stadt Dorsten über eine Zahlung von 2,0 MIO DM jährlich für 35 Jahre, also insgesamt 70 MIO DM enthielt, die auch durch den „Heimfall nach Insolvenz“, nicht beendet wurde. Die Investition wurde also von den Dorstener Bürgern bezahlt, da der Investor die Zahlungsverpflichtung der Stadt in 28 MIO DM Kapital verwandelte. Ein kostendeckendes Projekt war nie geplant. Das Bad kommt jedoch einem überwiegendem Anteil auswärtiger Besucher zugute, die von den Dorstener Bürgern zwangsubventioniert werden.
Unser Vorschlag hierzu: Externe Überprüfung durch ein spezialisiertes Beratungsunternehmen des aktuellen Bäderkonzeptes unter Einschluss der Möglichkeit der Verkaufes und / oder eine andere Form der Privatisierung.
Ein Bad dass jährlich Millionenbeträge Zuschüsse, zzgl. 1 Mio € benötigt. Ist nicht akzeptabel

AfD- Ratsfraktion Dorsten

Alle Einsparvorschläge der anderen Fraktionen werden von uns ausdrücklich begrüßt.

Die von CDUSPDGRÜNEN und dem FDP Ratsmitglied initiierten Erhöhungen der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer lehnen wir ausdrücklich ab. Die Gewerbesteuererhöhung ist Gift für unsere örtlichen Kaufleute, Handwerker und Unternehmen.

Die Grundsteuererhöhung trifft alle Bürger, die bereits unter einer 2stelligen Inflationsrate leiden. Die Aufforderung des Redaktionsleiter der Dorstener Zeitung, die Bürger müssten deshalb lediglich auf einen Döner verzichten, ist eine arrogante Entgleisung. Zur Gegenfinanzierung raten wir auf das Abo der Dorstener Zeitung, soweit bisher bezogen, zu verzichten. Die Einsparung beträgt fast 500 € / Jahr.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.